

Tarifabsch(l)uss bei der Telekom **Nein stimmen bei der Urabstimmung!**

Das Telekom-Management, die Presse und obendrein die ver.di-Spitze verkaufen den Abschluss bei der Telekom wie das Ende einer normalen Tarifrunde, bei der „*beide Seiten Federn lassen mussten*“. In Wirklichkeit hat eine der größten Gewerkschaften der Welt kapituliert. ver.di hat den Chefetagen und der Regierung signalisiert: **Wir lassen uns erpressen.**

Die Beschäftigten bezahlen dies mit massiven materiellen Verschlechterungen und der Vernichtung von Zehntausenden von Arbeitsplätzen. Das Telekom-Management bekommt durch den Abschluss neue Hebel für Erpressungen und die Zerschlagung des Konzerns. Für die unvermeidlichen künftigen Auseinandersetzungen bei der Telekom verschlechtern sich die Kampfbedingungen für die Beschäftigten. Andere Unternehmer werden dem Beispiel Telekom folgen.

Und das schlimmste an allem: die ver.di-Führung redet den Abschluss schön und verkauft diese grandiose Niederlage ihren Mitgliedern als Erfolg. Die Antwort kann nur heißen: **NEIN** bei der Urabstimmung und aufstehen gegen die ver.di-Führung.

Die ver.di-Führung versteckt sich hinter der Regelung, dass nur 25 Prozent bei der Urabstimmung mit **JA** stimmen müssen, um den Streik zu beenden. Diese Regelung muss geändert werden. Aber auch in der Vergangenheit hat sich die Gewerkschaftsspitze über solche Abstimmungen hinweg gesetzt. Immer, um einen Streik zu beenden. Jetzt ist das Gegenteil nötig: Eine einfache Mehrheit der Mitglieder, die bei der Urabstimmung mit **NEIN** stimmen, muss Anlass für eine grundlegende Debatte aller betroffenen KollegInnen



Neuer Dambruch

ver.di lässt es zu, dass in einem Großbetrieb mit Rekordgewinnen und einem Organisationsgrad von 70 Prozent erkämpfte tarifliche Standards auf einen Schlag vernichtet werden.

„Es wird keinen Eingriff ins Portemonnaie der Beschäftigten geben. Die Arbeitsplätze bei T-Service sind bis zum 31. Dezember 2012 gesichert“, das behauptet Lothar Schröder in der Pressemitteilung vom 21.06.07 und belügt damit die Beschäftigten. Bezieht man die Kürzung von 2005 von 6,5 Prozent und die unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit mit ein, summieren sich die Gehaltskürzungen auf 25 Prozent. Reallohnverluste durch Inflation bleiben dabei unberücksichtigt.

Mit der Variabilisierung von bis zu 20 Prozent des Lohns geht ver.di noch einen deutlichen Schritt weiter per Tarifvertrag die Existenzgrundlage unsicherer zu machen und den (Erfolgs-) Druck auf die Beschäftigten zu erhöhen.

Rein rechnerisch führen vier Stunden Mehrarbeit von 50.000 Beschäftigten zum Wegfall von mehr als 5.000 Arbeitsplätzen. Dieser Stellenabbau wird oben drauf auf den laufenden Abbau von 32.000 Stellen bis Ende 2008 erfolgen. Die Erfolgsabhängigkeit der Löhne von bestimmten Zielen wird den Arbeitsdruck und die Produktivität erhöhen und den Arbeitsplatzabbau beschleunigen. Der zugesagte Kündigungs- beziehungsweise Verkaufsschutz ist nicht das Papier wert auf dem er steht.



sein, wie der Kampf fortgesetzt und diese Niederlage verhindert werden kann. Ein Streikabbruch gegen den Willen der Mehrheit der betroffenen ver.di-Mitglieder ist ein Betrug an den Streikenden.

Zum Verzicht brauchen wir keine Gewerkschaft

Gerade einmal zehn Prozent der Telekom-Belegschaft wurden in den Streik einbezogen. Alle Telekom-KollegInnen, die den Streik nicht teilen durften, werden die Niederlage teilen müssen. Die ver.di-Oberen verschweigen diese Perspektive. Das Management der Telekom wird die Absenkungen nutzen, um für alle anderen KollegInnen die Bedingungen zu verschlechtern. Weitere Bereiche, zum Beispiel von T-Systems können einfach in die Service-Gesellschaften überführt werden.

Streikausweitung statt Kapitulation

Der Streik hat ansatzweise gezeigt, welche Macht Gewerkschaften potenziell haben können: Ganze Netzwerke von Firmen sind zusammengebrochen, Telefonkonferenzen in Unternehmen konnten nicht stattfinden, gewitterbedingte Störungen wurden nicht behoben, keine neuen Anschlüsse verlegt. 5.000 Störungsmeldungen blieben unerledigt, normalerweise sind es 350. Die Erreichbarkeit der Call-Center sank von 70 auf 15 Prozent.

Mit einem Vollstreik bei der Telekom würde schnell die gesamte Wirtschaft massiv beeinträchtigt werden. Das Beamtenstreikrecht muss endlich – wie das Streikrecht für Arbeiter vor mehr als 100 Jahren – per Streik durchgesetzt werden.

Lasst Euch von Funktionären nicht einreden, es gäbe keine Alternative zu dem Abschluss. Stimmt mit Nein. Fordert die Fortsetzung und Ausweitung des Streiks.

ver.di braucht Opposition

Der Abschluss bei der Telekom muss von Telekom-KollegInnen, kämpferischen Vertrauensleuten, Betriebsräten und Jugendvertretern als ernsthafte Warnung verstanden werden. Die selbstzerstörerische Politik der Gewerkschaftsspitze gilt es von unten zu stoppen. Der Aufbau einer innergewerkschaftlichen, organisierten Opposition stellt sich dringender denn je, nicht nur bei der Telekom, sondern in ganz ver.di.

Wir brauchen eine Gewerkschaft, die sich einzig und allein an den Interessen ihrer Mitglieder statt an den Profitinteressen der Aktionäre orientiert. Wir brauchen eine Gewerkschaft, die Privatisierung, Profitsystem und Konkurrenzkampf grundsätzlich ablehnt und für die Re-Verstaatlichung der Telekom kämpft.

Mit dem Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di und der Telekom-Betriebszeitung Magentat gibt es dafür in ver.di einen Ansatz für eine oppositionelle Strömung, die ausgebaut werden muss.



Telekom re-verstaatlichen

Wenn die Unternehmer sagen, der Konkurrenzkampf zwingt sie zu Stellenabbau und zur Senkung der Personalkosten, dann spricht das nicht für Arbeitsplatzvernichtung und Lohnsenkungen, sondern gegen das Konkurrenzsystem. Wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln dazu führt, dass uns die Existenzgrundlage geraubt wird, dann muss dieses Privateigentum in Gemeineigentum überführt werden. Dann können endlich diejenigen demokratisch über die Produktion und die Verteilung bestimmen, die den gesamten gesellschaftlichen Reichtum produzieren. „Wir sind das Unternehmen“, erklärten Telekom-Beschäftigte in den letzten Wochen immer wieder. Recht haben sie. Die Abschaffung der Diktatur von Banken und Konzernen und echte Demokratie in den Betrieben, in der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft ist die Konsequenz daraus. Das ist für uns Sozialismus und dafür kämpfen wir.

Für eine sozialistische Alternative

Sozialismus heißt auch, dass planmäßig nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird, unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung.

Alle Erfahrungen zeigen, dass der Kapitalismus nicht zu einer friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft umgestaltet werden kann. Die SAV ist der Ansicht, deshalb den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine andere, sozialistische Gesellschaft zu verbinden. Das geht jedoch nur gemeinsam und organisiert.

Die Macht der Konzerne muss überwunden werden. Weltweit. Dafür bedarf es einer internationalen marxistischen Organisation. Die SAV ist Teil des CWI – dem Komitee für eine Arbeiterinternationale. Das CWI hat den Anspruch genau so eine Organisation aufzubauen.

Weitere Infos über die SAV gibt es unter www.sozialismus.info oder 030 / 247 238 02.